



>>> DEUTSCHLAND VORANGEBRACHT
DIE CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION
IN DER GROSSEN KOALITION 2005-2009

Deutschland wird gestärkt aus der Krise hervorgehen

Über vier Jahre haben CDU und CSU und die von Angela Merkel geführte Bundesregierung in der Großen Koalition wieder politische Verantwortung für unser Land getragen. Das war nicht immer leicht. Gerade das vergangene Jahr mit der größten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg hat uns viel abverlangt. Sie hat uns zu vielen Entscheidungen in unserer Politik gezwungen, von denen wir selbst noch vor zwei Jahren nicht gedacht hätten, dass sie jemals notwendig werden würden. In dieser Extremsituation waren sie dennoch notwendig und richtig.

VERANTWORTUNG IN DER KRISE

Wir alle hätten uns gewünscht, das Ende der Legislaturperiode weniger stürmisch zu erleben. Wir hätten uns gewünscht, wieder einen beinahe ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und ein weiteres Absinken der Arbeitslosigkeit verkünden zu können. Auf beides haben wir während der gesamten Legislaturperiode hingearbeitet. Die weltweite Wirtschaftskrise hat das leider verhindert. Die Krise wurde ausgelöst durch Versäumnisse in den USA und verantwortungsloses Handeln der Banken. Wir alle sind von den Folgen betroffen und tragen Verantwortung in der Krise. Und dieser Verantwortung sind wir gerecht geworden: Wir haben in der Krise entschlossen und mutig gehandelt. Wir haben die Sparguthaben der Bürgerinnen und Bürger garantiert, den Zusammenbruch systemrelevanter Banken verhindert und das öffentliche Gut eines funktionierenden Finanzmarktes gesichert. Unsere Konjunkturpakete entlasten die Bürgerinnen und Bürger und helfen, die wegbrechende Nachfrage aus dem Ausland durch Nachfrage aus dem Inland zu ersetzen. Aber auch der Staat gibt mit Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur wichtige Impulse für eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft.

Wir sind schon mit anderen schwierigen Situationen in der Geschichte unseres Landes erfolgreich umgegangen. Wir werden auch diese Krise meistern. Unser Land wird gestärkt aus ihr hervorgehen.

VIER GUTE JAHRE FÜR DEUTSCHLAND

Und trotz der Krise: Wenn wir zurückblicken, können wir sagen: Es waren vier gute Jahre, die unser Land in vielen Bereichen nach vorne gebracht haben. Deutschland hat wieder erheblich an wirtschaftlicher Stärke gewonnen und ist der attraktivste Wirtschaftsstandort in Europa. Zugleich ist Deutschland zu einem kinderfreundlicheren Land geworden. Innere und äußere Sicherheit sind bei uns in guten Händen. Und auch der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wurde gestärkt. In Europa und der Welt sind wir zudem wieder ein verlässlicher und viel geachteter politischer Partner und Freund.

Der Alltag in der Großen Koalition war nicht immer einfach. Uns ist klar: Das war nicht immer Union pur. Die politischen Schnittmengen waren oftmals klein. Die Suche nach tragfähigen Kompromissen war vielfach mühsam. Aber die Errungenschaften tragen unverkennbar die Handschrift der Union. Daher können wir mit Recht behaupten: Wir haben getan, was richtig ist für Deutschland.

Wir haben nach dem Ende von Rot-Grün das Steuer herumgerissen. Wir haben verlässliche Politik gemacht nach den Werten unseres inneren Kompasses. Wir haben bewiesen, dass wir handlungsfähig

hig in der Krise sind. Wir haben für Vertrauen in einer Zeit gesorgt, in der sich die Menschen voller Sorge über die Unübersichtlichkeit der Auswirkungen der Krise an die Politik gewandt haben. Wir haben das Primat der Politik in der Gestaltung der Globalisierung wiederhergestellt. Wir haben die Familien gestärkt und jungen Menschen dabei geholfen, sich wieder voller Optimismus für ein Leben mit Kindern zu entscheiden. Die Integration der bei uns lebenden Migranten ist endlich zu einer zentralen politischen Aufgabe geworden. Statt an ideologischen Vorstellungen einer multikulturellen Gesellschaft orientieren wir uns am Wohl der Menschen in unserem Land – Migranten wie Alteingesessenen gleichermaßen.

POLITIK FÜR MEHR ARBEIT

Bevor wir in das Fahrwasser der Finanzmarktkrise gekommen sind, konnten wir Fakten schaffen: Nach langen Jahren des Stillstands haben wir Deutschland wieder zur Wachstumslokomotive Europas gemacht. Mehr als eine Million neue Arbeitsplätze sind entstanden. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit über zwölf Jahren gefallen. Das bedeutet: Millionen Bürgerinnen und Bürger samt ihrer Familien haben neue Hoffnung und die Möglichkeit, aus eigener Kraft ihr Leben zu finanzieren und zu gestalten.

Zu verdanken ist dieser Erfolg nicht zuletzt unseren mittelständischen Betrieben, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Über 4,5 Millionen mittelständische Betriebe sind nicht nur die wichtigsten Arbeitgeber in Deutschland. Sie sind auch Teil der Qualitätsmarke „Made in Germany“, die Deutschland Jahr für Jahr den Titel des Exportweltmeisters gewinnen lassen. Sie sind auch gerade jetzt in der Krise verlässliche Sozialpartner, die alles daran setzen, ihre Belegschaften vor Entlassungen zu bewahren.

Beiden – Unternehmern und ihren Belegschaften – helfen wir jetzt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, den Abbau von Beschäftigung zu verhindern.

Aber auch in den Zeiten des Aufschwungs haben wir durch die stärkste Senkung der Lohnnebenkosten Arbeit günstiger gemacht und damit die Schaffung neuer Jobs erleichtert. Die nun beschlossene Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge bringt weitere 10 Milliarden Euro Entlastung jährlich für die Bürgerinnen und Bürger.

Mit der Unternehmens- und Erbschaftssteuerreform haben wir einen weiteren entscheidenden Schritt unternommen, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu erhöhen.

All diese Erfolge waren nicht umsonst. Sie werden auch nicht durch die aktuelle Krise entwertet. Im Gegenteil: Sie bilden die Grundlage dafür, dass wir nun entschlossen auf die Krise reagieren können. Dank unserer dreijährigen Anstrengungen stehen wir deutlich besser da als die meisten anderen Länder. Unsere solide Haushaltspolitik hilft uns dabei, auch die nun notwendig gewordene höhere Neuverschuldung zu verkraften. Deutschland gilt nach wie vor als verlässlicher und solider Schuldner, wir können zu den günstigsten Konditionen neue Kredite aufnehmen. Anders als in vielen anderen europäischen Staaten konnte auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit bisher begrenzt werden.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS KOMPASS

Richtschnur unseres Handelns war und ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist die beste Wirtschaftsordnung, Fundament unseres Wohlstands und Garant für weiteres Wirtschaftswachstum. Auch in der Krise ist sie der Kompass, der uns leitet. Seit Ludwig Erhard setzt die Union auf die Soziale Marktwirtschaft. Wir wissen, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Freies und verantwortungsvolles Unternehmertum ist unverzichtbar für unseren Wohlstand. Der Markt kann aber nicht ohne Regeln auskommen. In Zeiten globalisierter Märkte müssen diese Regeln auch international gelten. Dafür haben wir uns bereits in der Vergangenheit vehement eingesetzt. Gerade im Bereich der Finanzmärkte müssen die Regeln aber strenger und verbindlicher werden.

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Effizienz des Marktes mit dem Ziel des sozialen Ausgleichs. Dieser Gedanke hat uns in der Sozialpolitik geleitet. Mit der außerordentlichen Rentenerhöhung im vergangenen und der Rentengarantie in diesem Jahr haben wir die Situation der Rentnerinnen und Rentner verlässlich gemacht. Das ist eine angemessene Würdigung ihrer Lebensleistung, von der wir alle heute noch profitieren. Auch die Erhöhung des Wohngeldes, die Verlängerung des Arbeitslosengeld-I-Bezuges für Ältere und die Ausweitung des Kinderzuschlags folgen dem Gedanken des sozialen Ausgleichs und sind zudem dem Prinzip geschuldet, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Unsere Sozialpolitik erschöpft sich aber nicht in der Vergabe von Transferzahlungen, sondern setzt konsequent auf das Motto „Fördern und Fordern“, weil wir wissen, dass nur ein selbständiges, selbstbestimmtes Leben Zufriedenheit schafft. Der Schlüssel hierzu ist ein eigener Arbeitsplatz sowie Arbeit und Anerkennung in der Familie.

SCHUTZ DER FREIHEIT

Wirtschaft und Arbeitsplätze, Familie und Gemeininn – sie alle brauchen die Freiheit, die ihnen der Staat garantiert. Zu dieser Freiheit gehört als selbstverständliches Element der Schutz vor Gefahren für Leib und Leben. Die innere Sicherheit wird auch in Deutschland vom internationalen Terrorismus bedroht. Auf diese neue Herausforderung haben wir entschlossen reagiert. Wir haben das Bundeskriminalamt beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus gestärkt und mit der Anti-Terrordatei und dem Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz dafür gesorgt, dass die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern ihre Informationen zur Aufklärung terroristischer Strukturen besser austauschen können. Lücken im Staatsschutzstrafrecht haben wir geschlossen, indem wir die Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten etwa durch Ausbildung in einem Terrorcamp und die Verbreitung von Bombenbauanleitungen unter Strafe gestellt haben. Die Bundespolizei haben wir durch eine umfangreiche Reform in die Lage versetzt, ihren neuen Herausforderungen in einem Europa offener Grenzen wirksam zu begegnen.

VERLÄSSLICHER PARTNER IN DER WELT

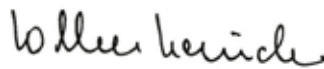
Seit jeher ist die Union der Garant einer verlässlichen Außenpolitik und für eine gute Nachbarschaft mit unseren europäischen Nachbarn und unseren amerikanischen Freunden. Noch nie aber nach einer Regierungsübernahme mussten wir soviel zerschlagenes Porzellan kitten, wie dieses Mal. Rot-Grün hatte Sprunghaftigkeit statt Verlässlichkeit demonstriert und die guten Beziehungen zu unseren außenpolitischen Partnern wahltaktischem Kalkül geopfert. Unter

Führung unserer Bundeskanzlerin ist Deutschland wieder zu einem weltweit geachteten und verlässlichen Partner geworden. Angela Merkel hat unser Land wieder zum Zuggpferd der europäischen Einigung gemacht und die EU aus der Stagnation herausgeführt. Der Lissabon-Vertrag hat Europa eine gute und wertgebundene Grundlage gegeben. Gerade in der jetzigen Krise sind wir auf eine handlungsfähige Europäische Union angewiesen.

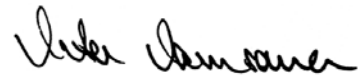
Die Union und Angela Merkel stehen für eine wertgebundene Außenpolitik. Wir wissen: Deutsche Interessen können nicht ohne die Achtung der Menschenrechte vertreten werden. Es ist auch in unserem Interesse, dass die fundamentalen Standards zur Unantastbarkeit der menschlichen Würde weltweit gewahrt und durchgesetzt werden. Deshalb hat Angela Merkel die Menschenrechte in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik gestellt.

DEUTSCHLAND GESTÄRKT AUS DER KRISE FÜHREN

Der Rückblick zeigt deutlich: Wir haben viel erreicht. Die vier Jahre der unionsgeführten Bundesregierung waren vier gute Jahre für Deutschland. Das müssen wir auch im Wahlkampf verdeutlichen, denn wir haben noch viel vor. Deutschland muss auf der Erfolgspur bleiben. Mit einer bürgerlichen Mehrheit werden wir nach der Bundestagswahl weiter dafür sorgen, dass unser Land gestärkt aus der Krise hervorgeht.



Volker Kauder MdB
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Dr. Peter Ramsauer MdB
Erster Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir haben die Kräfte des Wachstums gestärkt

Unternehmen entlastet: Mit der Unternehmensteuerreform haben wir im zurückliegenden Jahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland international konkurrenzfähige Steuersätze durchgesetzt und die Unternehmen in Deutschland per Saldo um rund 5 Milliarden Euro entlastet. Mit einer steuerlichen Belastung auf einbehaltene Gewinne von unter 30 Prozent für alle Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform, haben wir ein positives Signal an in- und ausländische Investoren gegeben und die Attraktivität des Standorts Deutschland weiter erhöht. Gerade auch die mittelständischen Unternehmen gehören zu den Gewinnern dieser Reform.

Abgaben gesenkt: Wir haben die Bürger und die Unternehmen mit einer Reihe von Maßnahmen bei Steuern und Abgaben entlastet. Wir haben die Lohnzusatzkosten durch die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf jetzt 2,8 Prozent so stark gesenkt wie keine andere Regierung zuvor. Daraus ergibt sich für einen Durchschnittsverdiener eine jährliche Entlastung von über 500 Euro, insgesamt ein Entlastungsvolumen von rund 30 Milliarden Euro. Eine Stabilisierung der Lohnzusatzkosten konnte auch dadurch erreicht werden, dass in der gesetzlichen Krankenversicherung der Beitragssatz zum 01.07.09 um 0,6 Prozentpunkte gesenkt und damit die vorhergehende Anhebung wieder ausgeglichen wurde. Außerdem werden die paritätisch finanzierten Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung durch weitere stufenweise Erhöhungen des Bundeszuschusses in den nächsten Jahren gestützt. Wir haben zudem mit der Verabschiedung der Konjunkturpakete eine einkommensteuerliche Entlastung in einem Umfang von insgesamt 6 Milliarden Euro, beginnend in 2009, beschlossen, die gerade den niedrigeren und mittleren Einkommen zugute kommt durch die Erhöhung des Grundfreibetrages und der Absenkung des Eingangssteuersatzes. Weitere steuerliche Entlastungen in einem Umfang von 9,5 Milliarden Euro folgen in 2010 mit der besseren steuerlichen Anerkennung der Beiträge zur Krankenversicherung.

Investitionsprogramm verabschiedet: Gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode haben wir mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro die zentralen Bereiche Technologie, Wirtschaft, Verkehr, Familie und private Haushalte gefördert und dadurch für unmittelbare Wachstumsimpulse gesorgt. Wesentlicher Bestandteil des zu Jahresbeginn beschlossenen Paktes für Beschäftigungssicherung und Stabilität ist die Stärkung der öffentlichen Investitionen in einem Umfang von insgesamt 14 Milliarden Euro mit den Schwerpunkten Bildung und Hochschulen, Modernisierung von Verkehrswegen, Krankenhäuser, Städte und ländliche Infrastruktur.

Erbschaftsteuer reformiert: Diese Reform trägt die Handschrift der Union. Wir haben dafür gesorgt, dass auch in Zukunft in den meisten Fällen Eigentum ohne Erbschaftsteuerbelastung von Generation zu Generation übertragen werden kann, das Familienvermögen erhalten bleibt und die Bereitschaft mittelständischer Unternehmen, Arbeitsplätze zu erhalten, nicht geschwächt wird. Insbesondere wurde erreicht, dass selbstgenutztes Wohneigentum wei-

testgehend steuerfrei zwischen Ehegatten und den Kindern vererbt werden kann.

Mittelstand entlastet: In den Jahren des Aufschwungs hat sich der unternehmerische Mittelstand als der Jobmotor schlechthin erwiesen und seine führende Stellung auf den Märkten der Welt gefestigt. Dieser Erfolg liegt natürlich an den mittelständischen Unternehmen selbst, die ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter erhöht haben und an ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Aber auch die Politik hat mit ihren Entscheidungen zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Da vor allem der Mittelstand unter hohen bürokratischen Auflagen zu leiden hat, haben wir besondere Anstrengungen zu seiner Entlastung unternommen. In dieser Legislaturperiode haben wir mit den drei Mittelstandentlastungsgesetzen sowie mit über 250 weiteren Maßnahmen wie der Modernisierung des Bilanzrechts viele bürokratische Hindernisse für mittelständische Unternehmen beseitigt. Insgesamt beläuft sich die Kostenentlastung durch die beschlossenen Maßnahmen auf über 6,5 Milliarden Euro pro Jahr. Damit verbessern wir die Chancen für mehr Investitionen, Innovationen und Beschäftigung und sorgen dafür, dass der Mittelstand gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Wir haben den Staat effizienter gemacht

Bürokratie abgebaut: Mit Hilfe des neu geschaffenen Nationalen Normenkontrollrates haben wir in dieser Legislaturperiode damit begonnen, unnötige Bürokratie zu identifizieren und abzubauen. Erstmals wurde ein Weg geschaffen, den bürokratischen Aufwand zu messen, der für die Unternehmen aus gesetzlichen Regelungen entsteht. Die Bundesministerien haben insgesamt 9.279 Informationspflichten aus nationalen Gesetzen und Verordnungen sowie der Umsetzung von EU-Richtlinien für die Wirtschaft erfasst. Insgesamt 357 Vereinfachungsmaßnahmen wurden von den Ministerien auf den Weg gebracht. Mit den bisher in Kraft getretenen 246 Maßnahmen konnte bereits eine Entlastung in Höhe von über 6,5 Milliarden Euro pro Jahr erreicht werden. Mit der vollständigen Umsetzung des Regierungsprogramms für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung im Jahre 2011 wird die Wirtschaft jährlich um mindestens 12 Milliarden Euro entlastet. Mehr als die Hälfte davon ist jetzt schon erreicht.

Föderalismus reformiert: Mit der größten Verfassungsreform seit 1949 ist es gelungen, den föderalen Kompetenzwirrwarr zu entflechten. Die Föderalismusreform I sorgt für mehr Klarheit in der bundesstaatlichen Ordnung. Die Anzahl der zustimmungspflichtigen Gesetze wurde von etwa 60 Prozent auf 40 Prozent gesenkt. So können jetzt Gesetze auf Bundesebene schneller verabschiedet werden. Insgesamt wurde für die Bürgerinnen und Bürger wieder klarer erkennbar, welche politischen Entscheidungen der Bund oder die Länder zu verantworten haben. Die Reform stärkte auch die Parlamente und die Demokratie als Ganzes, weil sie die Zurechenbarkeit von politischer Verantwortung verbessert.

Schuldenbremse eingezogen: Herzstück der zweiten Föderalismusreform ist die verfassungsrechtliche Verankerung einer Schuldenbremse für Bund und Länder. Gerade im Interesse der jüngeren

Generationen ist es ein großer Verhandlungserfolg der Union, dass den öffentlichen Schulden jetzt klare Begrenzungen gesetzt werden und in Zukunft das Prinzip des ausgeglichenen Haushalts zur Regel statt zur Ausnahme wird. Ab dem Jahre 2016 wird die jährliche Neuverschuldung des Bundes auf 0,35 Prozent des BIP begrenzt, die Länder dürfen ab dem Jahre 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Haushaltsdefizite aufgrund eines Konjunkturausfalls müssen im Aufschwung wieder getilgt werden.

Wir haben nachhaltig in Köpfe und Infrastruktur investiert

Qualifizierungsmöglichkeiten verbessert: „Durchlässigkeit“ und „Aufstiegchancen“ sind die Leitbegriffe unserer Bildungspolitik. Mit dem Qualifizierungs-Kombilohn haben wir jungen Menschen mit Vermittlungshindernissen die Chance für den Einstieg ins Berufsleben verbessert. Die Erhöhung der finanziellen Förderung im Rahmen des Meister-BAfögs hat die Attraktivität der beruflichen Aufstiegsfortbildung weiter gesteigert. Um den Stellenwert der Weiterbildung im Bildungssystem zu erhöhen und mehr Menschen zu verstärkter Beteiligung an Weiterbildung zu motivieren, haben wir mit dem Bildungssparen die Möglichkeit geschaffen, zur Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen zukünftig auf Mittel aus der staatlich geförderten Vermögensbildung zurückzugreifen. Mit der Anhebung der BAföG-Sätze um 10 Prozent haben wir zudem unseren Studentinnen und Studenten geholfen, ihren Lebensunterhalt während des Studiums besser bestreiten zu können.

Ausbildungsbonus geschaffen: Durch den Ausbildungsbonus erhalten 100.000 junge Menschen, deren Bewerbungen in den letzten zwei Jahren erfolglos geblieben sind, eine neue Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Das Modell schafft einen unmittelbaren Anreiz für Betriebe, sich um besonders schwer vermittelbare Jugendliche zu kümmern.

Forschungsförderung vorangetrieben: Damit Deutschland auch in Zukunft seinen wirtschaftlichen Spitzenplatz im weltweiten Wettbewerb behaupten kann, haben wir Forschung und Innovation als entscheidende Grundlage für ökonomischen Erfolg gefördert. Wir haben damit begonnen, die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung bis 2010 auf 3 Prozent des BIP zu erhöhen und mit der High-Tech-Strategie vieles auf den Weg gebracht und den Haushalt für Bildung und Forschung so stark erhöht wie keine Regierung zuvor. Mit der Exzellenzinitiative haben wir den deutschen Universitäten die Chance eröffnet, zur weltweiten Spitze aufzuschließen zu können. Mit insgesamt 1,9 Milliarden Euro fördern wir 37 der besten Universitäten in 13 Bundesländern.

Förderung der Verkehrsinfrastruktur: Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist die Lebensader unseres Wirtschaftsstandorts. Unter Rot-Grün wurden Investitionen in Straße und Schiene erheblich vernachlässigt. Im Interesse von mehr Planungssicherheit haben wir die Mittel für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Vergleich zur rot-grünen Finanzplanung erhöht und verstetigt.

Eigenheimrente: Die eigene Immobilie ist eine wirksame Absicherung im Alter. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass die selbstge-

nutzte Wohnimmobilie in die staatlich geförderte private Altersvorsorge integriert wird. Sparleistungen der Riester-Renten können jetzt auch zur Finanzierung eines eigenen Hauses oder einer eigenen Wohnung verwendet werden.

Wir erhalten die natürlichen Lebensgrundlagen

Nachhaltigkeit als Grundprinzip unserer Politik verankert: Nachhaltigkeit ist das Grundprinzip unserer Politik in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir haben uns für eine Politik eingesetzt, die den sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht und es gleichzeitig den künftigen Generationen ermöglicht, ihre Bedürfnisse nach eigenen Vorstellungen zu befriedigen.

Klimaschutz vorangebracht: Mit unserer Klimapolitik haben wir gezeigt: Ökologische Weitsicht, ökonomische Vernunft und soziale Verantwortung sind keine Gegensätze. Unter deutscher Ratspräsidentschaft ist die EU weltweit zum Vorreiter im Klimaschutz geworden und hat klare, verbindliche Ziele vereinbart. Wir setzen zum Erreichen dieser Ziele auf innovative Technologien und Marktanreize und reduzieren so konsequent Treibhausgase. Als Vorsitzende des G8-Gipfels in Heiligendamm hat Bundeskanzlerin Angela Merkel durchgesetzt, dass der globale Kampf gegen den Klimawandel auch international gemeinsam geführt wird. Wir haben den Klimaschutz und die Einsparung von Energie auch mit über 3 Milliarden Euro finanzieller Förderung aus dem Bundeshaushalt unmittelbar vorangetrieben. Dazu zählt das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, mit dem 2006 bis 2009 insgesamt 5,9 Milliarden Euro in die energetische Gebäudesanierung geflossen sind. Beim Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten haben wir für die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012 nationale Ziele für die Emission von Treibhausgasen in Deutschland sowie Regeln für die Zuteilung und Ausgabe von Emissionsberechtigungen an die Betreiber von Anlagen festgelegt.

Energiepolitik weiterentwickelt: Wir haben in mehreren Grundsatzbeschlüssen den energiepolitischen Kurs festgehalten. Es gilt, Energie effizienter zu nutzen, erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen und mit einem breiten Energiemix und möglichst vielen Lieferländern unsere Abhängigkeiten zu verringern. Um den Anteil von erneuerbaren Energien an der Stromproduktion und am Wärmeverbrauch zu erhöhen, haben wir das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und das Erneuerbare-Energien-Gesetz novelliert und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz sowie ein Marktanzreizprogramm eingeführt bzw. ausgebaut. Mit der Novelle des Energie-Wirtschafts-Gesetzes zur Liberalisierung des Messwesens haben wir die Voraussetzungen für Stromeinsparungen verbessert. Zudem haben wir den Förderrahmen für alternative Energien an neue Entwicklungen angepasst. Mit dem Energieleitungsausbaugesetz haben wir den Weg frei gemacht für den dringend nötigen Ausbau unseres Stromübertragungsnetzes. Um den Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten zu intensivieren, haben wir das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen novelliert, mit dem Ziel einer besseren Kontrolle der Preisbildung im Stromerzeugungsbereich.

Umwelt- und Naturschutzrecht weiterentwickelt: Das Naturschutzrecht haben wir klarer und übersichtlicher gestaltet und seine Anwendung erleichtert. Zugleich wird eine schnellere und effektivere Umsetzung europäischen Rechts ermöglicht. Mit der 5. Novelle der Verpackungsverordnung haben wir die haushaltsnahe Sammlung von Verkaufsverpackungen stabilisiert, einen fairen Wettbewerb unter den Systemen gesichert. Das Gesetz zur Neuregelung des Wasserrechts übernimmt im Wesentlichen die bestehenden Gewässerschutzstandards, vereinheitlicht und systematisiert das Wasserrecht und verbessert so die Praktikabilität der komplizierten und unübersichtlichen Rechtsordnung im Umweltrecht.

Wir stärken den ländlichen Raum

Landwirtschaft gestärkt: Wir haben die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ aufgestockt und damit einen wichtigen Beitrag zur besseren Versorgung mit Breitbandleitungen und zur Einspeisung von Biogas in die Nahwärmeversorgung geleistet. Mit der Umsetzung der Reform und dem Erfolg der Abfindungsaktion für Kleinrenten wurde ein großer Beitrag zur Entbürokratisierung der Rentenverwaltung und zur Sicherung der Eigenständigkeit und der Beitragsstabilität des landwirtschaftlichen Sozialsystems geleistet. Mit dem Ziel des Bürokratieabbaus konnte auch auf EU-Ebene die Zahl der landwirtschaftsbezogenen Artikel in den EU-Verordnungen durch die Schaffung einer einheitlichen Marktordnung um zwei Drittel reduziert werden. In Deutschland wurden 65 Gesetze aufgehoben. Landwirte haben zur neuen Aussaat endlich klare Regeln zum Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen erhalten. Wir haben uns auch mit der Forderung nach einer flexibleren Regelung für die Saisonarbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa durchgesetzt und dafür gesorgt, dass die Landwirtschaft bei der Besteuerung des Agrardiesels deutlich entlastet und wieder konkurrenzfähiger gegenüber ausländischer Konkurrenz wird.

Ländliche Räume gefördert: Die Bewahrung der uns anvertrauten Schöpfung, die Erhaltung der Lebens- und Entwicklungschancen kommender Generationen und die Pflege von Landschaft und Heimat als Ausdruck unserer menschlichen Kultur sind Kernanliegen unserer Politik. Unser Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung vereint den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz von Natur und Umwelt und mit der Lebensqualität der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist gerade im ländlichen Raum mit seinem vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben besonders wichtig. Hierzu haben wir eine umfassende Strategie der Bundesregierung für den ländlichen Raum angestoßen und durchgesetzt.

Wir haben das Miteinander gefördert

Elterngeld eingeführt und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten verbessert: Wir haben die Familien zurück ins Zentrum der Politik gerückt. Mit der Einführung des Elterngeldes und der besseren Absetzbarkeit der Kosten für die Kinderbetreuung haben wir dafür gesorgt, dass Eltern bei der Vereinbarkeit von Fami-

lie und Erwerbstätigkeit wirksam unterstützt werden. Dabei sind die Regelungen so ausgestaltet, dass niemand zu einem bestimmten Lebensmodell gezwungen wird. Wir stehen fest zum Prinzip der Wahlfreiheit. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass die Elternzeit in eine Großelternzeit umgewandelt werden kann, wenn mindestens ein Elternteil des Kindes noch in der Ausbildung steht.

Betreuungsangebote ausgebaut: Wir haben beschlossen, bis 2013 das Angebot für Kinderbetreuung bedarfsgerecht auszubauen. Ab 2013 haben alle Kinder zwischen 1 und 3 Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dadurch verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sorgen dafür, dass der Wunsch nach Kindern nicht an dieser Frage scheitert. Kein Familienmodell wird bevorzugt. Aus diesem Grund wird ab 2013 durch die Einführung des Betreuungsgeldes die Wahlfreiheit gestärkt.

Kindergeld und Kinderzuschlag erhöht: Zum Januar 2009 haben wir das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöht. Der Kinderfreibetrag liegt nun bei 6.024 Euro statt 5.808 Euro in den Jahren davor. Das Kindergeld für die ersten beiden Kinder ist um zehn Euro erhöht worden. Weil kinderreiche Familien besonders hohe Ausgaben haben, haben wir das Kindergeld ab dem dritten Kind um 16 Euro und damit stärker erhöht als für die ersten beiden Kinder. Damit wird sichergestellt, dass über beide Instrumente den Familien mit Kindern wirksam geholfen wird. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II erhält jede Familie eine Einmalzahlung von 100 Euro pro Kind, denn gerade Familien brauchen in der Krise besondere Unterstützung. Niemand soll wegen seiner Kinder auf Hartz IV angewiesen sein. Deshalb haben wir die Zahl derjenigen, die den Kinderzuschlag erhalten können, ausgeweitet und das Antragsverfahren erleichtert.

Integrationspolitik erneuert: Wir haben das Thema Integration zur Chefsache gemacht. Im Rahmen des Nationalen Integrationsplans haben wir zusammen mit Ländern, Kommunen, Verbänden und Migrantenorganisationen klare Richtlinien und Verpflichtungen für die Integration verabredet. Neben anderen Regelungen zur Förderung der Integration haben wir in der Zuwanderungsnovelle durchgesetzt, dass der Nachzug ausländischer Ehegatten an Grundkenntnisse der deutschen Sprache gekoppelt ist. Mit der Deutschen Islamkonferenz wurde ein institutionalisierter Dialog zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen eröffnet. Ziel ist es, die hier lebenden Muslime auf dem Weg der Integration weiter an unser Land zu binden und gewalttätigen Islamismus und Extremismus zu verhindern. Mit der Zuwanderungsnovelle haben wir auch der Einführung von Einbürgerungstests den Weg bereitet. Parallel zur Koppelung des Zuzugs-, Bleibe- und Einbürgerungsrechts an die Bereitschaft zur Integration, haben wir auch die entsprechenden Integrationskurse als Angebot für Migranten quantitativ und qualitativ verbessert.

Gesundheits- und Pflegereform: Um die mit dem demografischen Wandel und dem medizinisch-technischen Fortschritt verbundenen steigenden Kosten im Gesundheitswesen finanzieren zu können, haben wir das Gesundheitssystem grundlegend reformiert. Wir wollen, dass eine hochwertige medizinische Versorgung allen

zugänglich ist. Mit der vereinbarten Einrichtung des Gesundheitsfonds zum Jahresbeginn 2009 haben wir auch den Wettbewerb zwischen den Gesetzlichen Krankenkassen gestärkt. Erstmals seit ihrer Einführung haben wir die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet. Es erhalten nun auch altersverwirrte Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Zudem haben wir das Prinzip „ambulant vor stationär“ gestärkt, damit kranke Menschen möglichst lange im Kreise ihrer Verwandten und Freunde wohnen können. Trotz dieser Leistungsausweitung bleibt der Beitragsanstieg in der Pflegeversicherung mit 0,25 Prozentpunkten moderat.

Wir haben die Freiheit geschützt

Terrorismus wirksam bekämpft: Im Kampf gegen den Terror sind effektive Mittel der Prävention gefragt. Im Rahmen der Föderalismusreform haben wir dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus übertragen und mit der BKA-Novelle die Handlungsfähigkeit des Bundeskriminalamts verbessert. Dazu gehört auch die Befugnis zur Online-Untersuchung – denn für Terroristen darf es keine geschützten Räume geben, in denen sie ihre Anschläge planen und abstimmen können. Mit der Antiterrordatei und dem Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz haben wir den Weg dafür bereitet, dass die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern zur Aufklärung terroristischer Strukturen bestmöglich zusammenarbeiten und ihre Informationen zu terrorverdächtigen Personen austauschen. Auch die Sicherheitsforschung wurde ausgeweitet. Außerdem haben wir bereits die Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Straftaten unter Strafe gestellt und damit die Ausbildung in Terrorcamps ebenso strafrechtlich erfasst wie die Verbreitung von Bombenbauanleitungen im Internet. Durch die Erhöhung der Standards bei der Geldwäschebekämpfung erschweren wir die Finanzierung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität. Auch die Neuordnung der Struktur der Bundespolizei trägt dazu bei, den Herausforderungen der Bekämpfung terroristischer Bedrohungen und illegaler Migration wirksamer zu begegnen.

Auslandseinsätze der Bundeswehr: Es ist ein wichtiger Beitrag für unsere nationale Sicherheit, dass wir den Terrorismus auch dort bekämpfen, wo er entsteht. Für alle Auslandseinsätze gilt dabei: Wir schicken unsere Soldatinnen und Soldaten nicht leichtfertig, sondern nur nach genauer Abwägung unserer Interessen und Ziele in Konfliktregionen. Durch die Beteiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz in Afghanistan haben wir dabei geholfen, den Alltag der Menschen in Afghanistan zu verbessern. Mit dem Konzept der vernetzten Sicherheit haben wir in der NATO einen umfassenden Ansatz zur Stabilisierung, Terrorbekämpfung und zum Wiederaufbau durchgesetzt. Auf dem Balkan setzen wir uns für im Rahmen der KFOR-Mission für die Aufrechterhaltung einer stabilen Friedensordnung ein. Mit der Beteiligung unserer Marine an der UNIFIL-Mission vor der libanesischen Küste tragen wir erfolgreich zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten bei. Das Unterbinden des Waffenschmuggels soll auch weiterhin ein Wiederaufflammen des Konflikts verhindern.

Als Exportnation ist Deutschland von offenen und sicheren Seewegen abhängig. Deshalb engagieren wir uns im Rahmen der EU-Mission Atalanta im Kampf gegen die Piraterie vor der Küste Somalias. Der Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten bleibt immer mit Gefahren für Leib und Leben verbunden. Wir haben aber alle Voraussetzungen dafür geschaffen, damit unsere Soldaten ihren Auftrag gut erfüllen können. Ihre Arbeit vor Ort ist professionell, erfolgreich und anerkannt. Sie mehren damit das Ansehen Deutschlands in der Welt.

Kriminalitätsbekämpfung effektiver gemacht: Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz zur Bekämpfung der Computerkriminalität wurden schwere Formen der Computerkriminalität wie das Abfangen von Daten unter Strafe gestellt und so die Datensicherheit erhöht. Stalking-Opfer, die unter fortgesetzter Verfolgung, Belästigung und Bedrohung leiden, wurden unter verbesserten Schutz gestellt. Durch eine Reform der Führungsaufsicht und eine Ausweitung der nachträglichen Sicherungsverwahrung für gefährliche Straftäter wurden der Schutz der Allgemeinheit und insbesondere der Schutz der Opfer von Gewaltdelikten vor gefährlichen Straftätern verschärft. Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung haben wir wirksame Voraussetzungen für die verfassungsrechtlich gebotene Pflicht des Staates zu einer effektiven Strafverfolgung geschaffen. Durch die Änderung des Passgesetzes wurde die Aufnahme biometrischer Daten in Reisedokumente ermöglicht. Damit wird die Identitätsprüfung im Reiseverkehr sowie die Fälschungssicherheit von Ausweisdokumenten verbessert. Zum 1. November 2010 wird auch der elektronische, mit biometrischen Merkmalen versehene Personalausweis eingeführt. Mit der Möglichkeit einer elektronischen Signatur wird damit auch der elektronische Geschäftsverkehr sicherer und einfacher für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Beim Wafferecht haben wir die Vorschriften zur sicheren Aufbewahrung von Waffen optimiert, damit nur noch der Berechtigte Zugriff auf seine Schusswaffen hat. Im Kampf gegen Kinderpornographie müssen Internetprovider zukünftig den Zugang ihrer Kunden auf kinderpornographische Seiten, die vom BKA identifiziert werden, verhindern. Dieses ist ein weiterer wichtiger Baustein zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern.

Wir haben die Globalisierung gestaltet

Eine neue Architektur der internationalen Finanzmärkte auf den Weg gebracht: Das Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarkts war der erste Baustein für eine neue Finanzmarktverfassung. Beim Weltfinanzgipfel der G20 in London konnten zudem wichtige Beschlüsse auf dem Weg zu einer stabilen Weltfinanzordnung und für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft erzielt werden. Alle Finanzmärkte, -produkte und Marktteilnehmer werden künftig einer angemessenen Aufsicht oder Regulierung unterstellt. Steueroasen werden sanktioniert und Banken sollen in guten Zeiten zusätzliche Eigenkapitalpuffer aufbauen. Der Internationale Währungsfonds und das Forum für Finanzstabilität wurden beauftragt, die Umsetzung des beschlossenen Aktionsplans zu überwachen und voranzutreiben. Dazu gehören auch Gespräche über die von

der Bundeskanzlerin angeregte „Globale Charta für nachhaltiges Wirtschaften“. Das zeigt: Die soziale Marktwirtschaft ist auch global die Ordnung der Zukunft, denn sie wird dem Freiheitsrecht und der Verantwortungspflicht der Menschen am besten gerecht.

Wertegeleitete Außenpolitik und Nationale Sicherheitsstrategie: Die deutsche Außenpolitik ist selbstverständlich unseren nationalen Interessen verpflichtet. Aber sie operiert nicht im wertfreien Raum, sondern setzt sich weltweit für die Anerkennung von Demokratie und Menschenrechten ein. Das christliche Menschenbild hat die Grundlinien unserer Außenpolitik bestimmt und sich an der Universalität der Menschenwürde orientiert. In einer Welt mit veränderten Bedrohungslagen haben wir zudem neue Antworten gefunden, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Mit der Sicherheitsstrategie für Deutschland haben wir ein integratives Konzept vorgelegt, wie den zentralen Bedrohungen unserer Sicherheit begegnet werden soll.

Mit der EU, in der EU und aus der EU heraus die Globalisierung gestalten: Die EU ist für uns die beste Ebene, um die Globalisierung nach unseren Vorstellungen maßgeblich zu gestalten. Bei globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der Energieversorgung, gemeinsamer Sicherheit und in der Finanzkrise, war die EU in diesem Jahr handlungsfähig. Wir haben dazu jeweils wichtige Beiträge geleistet. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 ist es gelungen, Europa auf den Kurs neuer Handlungsfähigkeit zu bringen. Wir haben den Vertrag von Lissabon als neue Arbeitsgrundlage für die EU ratifiziert. Er wird die Institutionen und Verfahren der EU reformieren und die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente wesentlich stärken. Mit dem verabschiedeten Begleitgesetz haben wir die Verfahren konkret geregelt, mit denen Bundestag und Bundesrat die neuen Rechte wahrnehmen können. Dazu gehört die Möglichkeit, die Notwendigkeit und Subsidiarität europäischer Initiativen genauer zu überprüfen. Dazu haben wir die Europafähigkeit des Bundestages gestärkt und intensiver die politischen Entwicklungen in Europa verfolgt.

Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft auf den Weg gebracht: Die Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft hat zum Ziel, den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen voranzutreiben. Solche Handelshemmnisse bestehen in unterschiedlichen Regulierungsansätzen und Produktstandards. Jährlich werden zwischen Europa und den Vereinigten Staaten Waren und Dienstleistungen im Werte von 600 Milliarden Euro gehandelt. Das entspricht etwa 40 Prozent des Welthandels. Und 1,5 Billionen Euro werden auf beiden Seiten des Atlantiks investiert. Die stärkere Wirtschaftsintegration könnte das Bruttoinlandsprodukt allein in Deutschland um bis zu 69 Milliarden Euro steigern. Das führt immer auch zu konkreten Vorteilen für die Bürger. Innerhalb des vereinbarten Rahmenabkommens ist die gegenseitige Anerkennung von Rechnungslegungsstandards ein erster, wichtiger Erfolg des Transatlantischen Wirtschaftsrats.

Entwicklungszusammenarbeit ausgeweitet: Für uns ist die Entwicklungszusammenarbeit neben der erfolgreichen Außen- und Sicherheitspolitik eine eigenständige Säule des abgestimmten Au-

ßenhandelns. Daher haben wir die Haushaltsmittel des Entwicklungsministeriums nach einer Reduzierung um rund 200 Millionen Euro unter Rot-Grün im Laufe dieser Legislaturperiode um rund 2 Milliarden Euro aufgestockt. Nie zuvor wurden die deutschen Entwicklungsausgaben in kurzer Zeit so substantiell erhöht. Gleichzeitig wurden die entwicklungsrelevanten Aktivitäten anderer Bundesministerien entsprechend gesteigert. Deutschland ist damit in absoluten Zahlen weltweit zweitgrößter Geber geworden. Daher ist es wichtig, dass die Mittel nun auch effizienter, zielgerichtet und im gegenseitigen Interesse eingesetzt werden. So stärken wir das Engagement in Schlüsselsektoren wie guter Regierungsführung, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Bildung und Ausbildung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umwelt und Klimaschutz. Gleichzeitig konzentrieren wir uns auf weniger und für uns wichtige Partnerländer. Insbesondere Bildung ist eine der Grundvoraussetzungen für eine beständige Entwicklung einer Gesellschaft. Daher haben wir uns dafür eingesetzt, den Zugang zu Bildung in Entwicklungsländern zu verbessern und die Ausbildung von Fachkräften auszubauen sowie die Einbindung privater Unternehmen, insbesondere des Mittelstands, in die Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern.

 **CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
11011 Berlin

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.